



WELTSICHT

Zeitung der Initiative Solidarische Welt e.V. des Marburger Weltladens

Juni 2020



Grafiken: publicdomainvectors.org

WAFFENHANDEL



Waffen

LIEBE LESER*INNEN

im Frühjahr 2019 haben wir im Weltladen Marburg eine Vortragsreihe zum Thema Waffenhandel veranstaltet. Für die gut besuchten Veranstaltungen und das positive Feedback zu unserer Reihe möchten wir uns auf diesem Weg bedanken!

Weltweit werden permanent für den legalen wie illegalen Kauf von Waffen immense Geldsummen ausgegeben. Diese Ausgaben übersteigen bei Weitem jene, die für die Lösung globaler entwicklungs-politischer Probleme wie Hunger, Armut oder Klimawandel notwendig und ausreichend wären. Allein aufgrund dieser Ressourcenverschwendung stellt der globale Waffenhandel ein zentrales Hindernis für die Lösung existentieller globaler Probleme dar. Einer der wichtigsten Waffenexporteure ist nach wie vor Deutschland und verstößt dabei ständig gegen den eigenen Grundsatz, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.

Die Rüstungsexporte Deutschlands und eine mögliche Militarisierung der EU über einen gemeinsamen Rüstungshaushalt zeigen, dass Frieden durch Einmischung und Debatten vor unserer Haustüre mitgestaltet werden kann. Zivilgesellschaftliche Organisationen, wie ‚Ohne Rüstung Leben‘, mit denen wir für unsere vorliegende Ausgabe gesprochen haben, spielen hierfür eine wichtige Rolle

Ein Waffenhandelsstopp sowie die Konversion der Rüstungsindustrie ist aus entwicklungspolitischer Perspektive ein unumgänglicher Weg in Richtung nachhaltiger Entwicklung, Frieden und der Erfüllung der Agenda 2030. In der Agenda 2030 wurden Ziele aufgestellt, die nicht nur für den Globalen Süden, sondern ebenso für den Globalen Norden gelten. Der Agenda 2030 zufolge sind wir alle ‚Entwicklungsländer‘ mit jeweiligen Entwicklungsschwerpunkten. Ein Beitrag des Globalen Nordens in Richtung Frieden muss es sein, Wege aus der Rüstungsindustrie hin zur Produktion ziviler Güter zu finden. Dafür braucht es politischen und wirtschaftlichen Willen, eine Konversion, die nicht auf Kosten zahlreicher Beschäftigter der Rüstungsindustrie geschieht, sowie eine politische Abrüstungsdebatte und die Unterstützung friedlicher Konfliktlösungen.

In diesem Sinne ist es uns ein Anliegen, eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Waffenhandel weiter in die Öffentlichkeit zu tragen und Ansätze wie Konversionsprojekte oder zivile Friedensarbeit zu diskutieren.

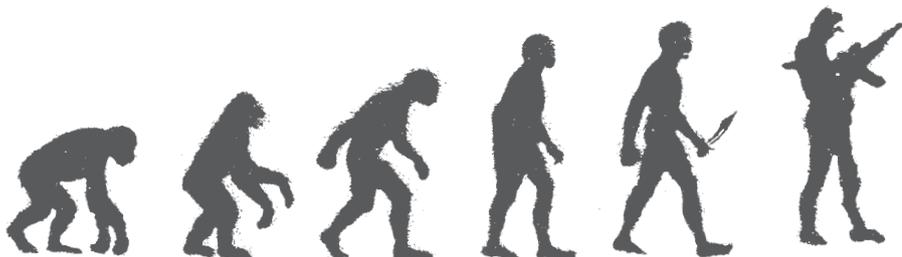
Viel Spaß bei der Lektüre!

handel

WAFFENHANDEL

Inhaltsverzeichnis

Interview mit Jürgen Grässlin	4
Die Waffen meiner Bank	6
Buchtipp	7
Waffenhandel gestern und heute	8
Prozess Hecker & Koch	14
Kleinwaffenexporte nach Mexiko	15
Frieden und Entwicklung	16
Buchtipp	18
Bibliothek Weltladen Marburg	19
Impressum	19



Globaler Norden Globaler Süden

„Mit dem Begriff wird eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position beschrieben. Globaler Norden hingegen bestimmt eine mit Vorteilen bedachte, privilegierte Position. Die Einteilung verweist auf die unterschiedliche Erfahrung mit Kolonialismus und Ausbeutung, einmal als Profitierende und einmal als Ausgebeutete. Die Einteilung in Süd und Nord ist zwar auch geographisch gedacht, aber nicht ausschließlich. Australien gehört beispielsweise genau wie Deutschland mehrheitlich dem globalen Norden an, aber es gibt in beiden Ländern auch Menschen, die Teil des globalen Südens sind, zum Beispiel Aboriginal Australians und illegalisierte Personen. Andersherum gibt es auch in Ländern, die mehrheitlich dem globalen Süden angehören, Menschen, die die Privilegien des globalen Nordens genießen, zum Beispiel deutsche Siedler*innen in Namibia oder Weiße in Südafrika. Mit dem Begriffspaar wird versucht, unterschiedliche politische Positionen in einem globalen Kontext zu benennen, ohne dabei wertende Beschreibungen wie z.B. „entwickelt“, „Entwicklungsländer“ oder „Dritte Welt“ zu benutzen.“

(glokal, 2012)

Deutschlands todbringender Waffenhandel

Interview mit Jürgen Grässlin
Deutscher Pädagoge, Publizist und Friedensaktivist

Deutschland gehört weltweit zu den führenden Exporteuren von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Unter den Top Ten deutscher Waffenempfänger sind, neben den USA und Großbritannien, Algerien, Ägypten, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Geliefert werden U-Boote, Kampfhubschrauber, Panzer, aber auch Maschinenpistolen und Munition.

Zwar behauptet die Bundesregierung, Deutschland habe eines der weltweit restriktivsten Kontrollsysteme bei Waffenexporten, jedoch werden in vielen aktuellen Kriegen und Konflikten deutsche Rüstungsgüter und auch Kriegswaffen verwendet. So kam der deutsche „Leopard-Panzer“ bei einer völkerrechtswidrigen Offensive der türkischen Armee in Nordsyrien gegen kurdische Milizen zum Einsatz. Bomben des deutschen Konzerns Rheinmetall fielen im Jemen-Krieg, einer der schlimmsten Kriege und humanitären Katastrophen unserer Zeit.

In Krisengebieten, wie den Jemen, Waffen zu liefern, ist in der Theorie rechtlich nicht erlaubt. Laut Gesetz sollen keine Waffen in Gebiete exportiert werden, in denen die Menschenrechte nicht gewahrt werden oder die politisch instabil sind. In der Praxis wird das Exportregime unterwandert, Rüstungsunternehmen schaffen es durch Schlupflöcher immer wieder, Waffen und Rüstungsgüter in Kriegsgebiete zu liefern. So werden z.B. Waffen an Saudi-Arabien geliefert, die diese wiederum im Jemen-Krieg einsetzen.

Einer der wohl bekanntesten Gegner von Waffenhandel und Rüstungsindustrie ist Jürgen Grässlin. Er ist Sprecher von verschiedenen Kampagnen, wie z.B. »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« oder GLOBAL NET – STOP THE ARMS TRADE. Letzteres ist ein weltweites Netzwerk gegen Waffenhandel, das Rüstungsexportskandale

recherchiert und in mehreren Weltsprachen publiziert. Außerdem ist er Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.), sowie Sprecher der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) und Mitbegründer der Kritischen Aktionär*innen Heckler & Koch (KA H&K). Grässlin ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte sowie Militär- und Wirtschaftspolitik. Zuletzt verfasste er »Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient« und »Netzwerk des Todes«. Die kriminellen Verflechtungen von Waffenindustrie und Behörden«. Grässlin wurde mit bislang zehn Preisen für Frieden, Zivilcourage, Medienarbeit und Menschenrechte ausgezeichnet. Zuletzt wurde er mit dem »GRIMME-Medienpreis« und dem »Marler Medienpreis Menschenrechte« von Amnesty International geehrt.

Im Zuge der Veranstaltungsreihe des Marburger Weltladens hielt Grässlin einen Vortrag zu dem Thema „Wie Deutschland am internationalen Waffenhandel verdient“. Der Weltladen stellte ihm dazu einige Fragen.

Weltladen: Wie kann es sein, dass Deutschland in Krisengebieten liefert, trotz der Verbote?

Grässlin: Die von der Bundesregierung genehmigten und damit legalisierten Kriegswaffenexporte an sogenannte „Dritt-Länder“ außerhalb der Europäischen Union und dem atlantischen Bündnis NATO machten in den vergangenen Jahren immer mehr als 50 Prozent aller Exportbewilligungen aus. Zu den Hauptempfängern deutscher Kriegswaffen zählen Länder wie Algerien, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten etc. Wer Demokratie und Menschenrechte propagiert und zugleich Scheindemokraten und Diktatoren durch Waffentransfers an der Macht stabilisiert, täuscht die eigene Bevölkerung. Maßgeblich verantwortlich für dieses Rüstungsexportdesaster ist der Bundessicherheitsrat

(BSR). Seit 2005 geführt von Angela Merkel und acht Ministern wechselnder Parteien, genehmigte der BSR in den letzten Jahren in geheimen Sitzungen in – historisch gesehen – nie gekanntem Volumen Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete.

Wer Kriegswaffenlieferungen an menschenrechtsverletzende Regime genehmigt, der leistet Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen. Wer Kriegswaffenexporte an kriegführende Staaten genehmigt, der leistet Beihilfe zum Mord.

Weltladen: Wie können bei dieser Praxis die Menschenrechte überhaupt eingehalten werden?

Grässlin: Beim Waffenhandel klaffen der Anspruch, Menschenrechte einzuhalten, und die Wirklichkeit hemmungsloser Rüstungsexporte weit auseinander. Selbstverständlich verweist die Bundesregierung in den Politischen Grundsätzen – auch in ihrer Neufassung vom Juni 2019 – nachdrücklich auf die bedeutende Rolle der Menschenrechte beim Rüstungsexport. In den vergangenen Jahren aber waren derlei Versprechungen das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt waren. Realiter wurde das Gegenteil von dem praktiziert, was versprochen wurde. Gemessen an den immens hohen Opferzahlen sind Rüstungsexporte die tödlichste Form der deutschen Wirtschafts-, Militär- und Außenpolitik.

Weltladen: Wie kommt es, obwohl im aktuellen Koalitionsvertrag steht, dass Länder, die am Jemenkrieg beteiligt sind, nicht weiter mit Waffen beliefert werden sollen, immer noch Rüstungsexporte an Saudi-Arabien gehen?

Grässlin: Auf Druck von Angela Merkel und ihrer Minister der CDU/CSU-Fraktion sind die SPD-Minister im Bundessicherheitsrat eingebrochen. Die praktizierte Auslegung des Koalitionsvertrags bedeutet,

Foto: Fotostudio Seeh-Stern
Jürgen Grässlin

dass Altaufträge noch ausgeführt wurden beziehungsweise Teilezulieferungen noch immer ausgeführt werden. Saudi-Arabien, das die Koalition der im Jemen kriegführenden Staaten leitet, hat daraufhin auch Kriegswaffen aus Deutschland erhalten, mit denen die Saudis unter anderem die See-, Land- und Luftblockade vollziehen können. Tausende Menschen, darunter viele Kinder, starben und sterben am Mangel von Nahrungsmitteln und Medikamenten.

Weltladen: Eines der Hauptargumente von Rüstungsunternehmen ist, dass viele Arbeitsplätze von den Firmen abhängen. Wie wichtig sind Waffenexporte für die deutsche Wirtschaft?

Grässlin: Rüstungsexporte sind in Deutschland keine Frage des wirtschaftlichen Wohlstands. Laut dem Bund der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, dem einflussreichsten Lobbyverband im Waffenbereich, hängen hierzulande gerademal 300.000 Arbeitsplätze von Waffentransfers ab: rund 100.000 direkt in der Rüstungsindustrie, rund 200.000 weitere in der Zulieferindustrie. Jahr für Jahr schafft die auf regenerative Energiewende hinarbeitende Industrie mehr neue Arbeitsplätze – und leistet zugleich wichtige Arbeit für den in-

novativen Wirtschaftsstandort Deutschland.

Weltladen: Wie ist die Stimmung in Deutschland, innerhalb der Gesellschaft? Gibt es einen breiten Widerstand gegen Waffenhandel und Rüstungsindustrie?

Grässlin: In Sachen Meinungsbildung hat die Aufschrei-Kampagne seit ihrer Gründung 2011 viel geleistet. Mehrere Umfragen der letzten Jahre belegen, dass die weit überwiegende Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung Rüstungsexporte strikt ablehnt. Eine repräsentative Emnid-Umfrage ergab, dass 83 Prozent der Deutschen einen vollständigen Stopp aller Waffentransfers fordern. An diesem Beispiel zeigt sich nachdrücklich, wie weit sich die Große Koalition von den Menschen in unserem Land entfernt hat – und wie wichtig es ist, den Widerstand gegen Waffenhandel weiter voranzubringen!

Jannika Marré



Auf www.aufschrei-waffenhandel.de und bei den Trägerorganisationen dieser Kampagne finden Sie Hintergrundinformationen und aktuelle Meldungen zum Thema. Trägerorganisationen sind u.a.:

RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)

IBAN: DE56 4306 0967 8041 0738 00
BIC: GENODEM1GLS

Ohne Rüstung Leben

IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEF1EK1

Pax Christi

IBAN DE90 3706 0193 4000 5690 17
BIC GENODED1PAX

IPPNW

(International Physicians for the Prevention of Nuclear War)
IBAN: DE39 1002 0500 0002 2222 10,
BIC: BFSWDE33BER

DFG-VK

(Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen)
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



DIE WAFFEN MEINER BANK



Urgewald ist eine Umwelt und Menschenrechtsorganisation, die dem Geld folgt: Was auch immer das Problem ist – Klimawandel oder globale Aufrüstung – jemand finanziert diese Aktivitäten. Diese Finanziere anzugehen ist ein machtvoller Hebel für Veränderungen. Er zielt auf die Achillesferse dieser Vorhaben: das Geld. Als „Anwalt für Umwelt- und Menschenrechte“ verschafft urgewald Betroffenen eine Stimme und macht Druck auf Investoren, Banken und die Politik. Urgewald organisiert Protest- und Verbraucherkampagnen und sorgt dafür, dass vertriebene Kleinbauern, Aktivist*innen gegen Streubomben und Klimaschützer*innen aus aller Welt auf Aktionärsversammlungen, Pressekonferenzen und in den Vorstandsetagen deutscher Firmen und Banken Gehör finden.

Kathrin Petz ist seit 2012 Kampaignerin bei urgewald, seit einigen Jahren beschäftigt sie sich vertieft mit deutschen Rüstungsexporten, den dahinterstehenden Firmen und den Banken, die diesen das notwendige Geld bereitstellen. Darin ging es auch in ihrem Vortrag, „Die Waffen meiner Bank“ im Rahmen der Vortragsreihe zum Thema Waffenhandel. Deutschland brüstet sich gerne damit, besonders strenge Exportregeln für Rüstungsgüter zu haben. Leider gelten diese restriktiven Regeln jedoch nur auf dem Papier. Deutsche Firmen liefern direkt oder über Umwege (z.B. durch europäische Gemeinschaftsprojekte) in Kriegsländer und menschenrechtsverletzende Staaten. Urgewald fordert strengere und verbindlichere Rüstungsexportregeln, wirft aber auch einen Blick darauf, durch welche Banken die Rüstungsfirmen finanziert werden. Bisher hat keine der konventionellen Banken Kriterien, die Rüstungsfirmen von Kreditvergabe oder Investitionen ausschließen, die an kriegsführende oder menschenrechtsverletzende Staaten liefern. Da bleibt nur der Weg zu einer Alternativbank.

Kathrin Petz/Jannika Marré

BUCHTIPP

Bei den Wahlen zum EU Parlament im Mai 2019 wurde wieder deutlich: Kritik an der EU gilt in der bundesdeutschen Öffentlichkeit als Kennzeichen der Rechtspopulist*innen. Dabei spielt kaum eine Rolle, mit welcher Zielsetzung diese Kritik erfolgt. Rechtsradikalen geht es im konkreten Fall selbstverständlich nicht um Abrüstung, sondern um die machtpolitisch „selbstbewusste“ und entsprechend aufgerüstete eigene Nation. Paneuropäische Zielsetzungen und Rhetorik sind auch ihnen nicht fremd. Wofür steht schließlich das Kürzel PEGIDA? Umgekehrt gibt es keinen Grund die EU als Friedensprojekt zu verklären. Dazu reicht schon ein kurzer Blick auf ihren Ursprung und ihre Geschichte: Hervorgegangen ist sie aus Organisationen wie der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und EG (Europäische Gemeinschaft), die der Integration der Verbündeten der USA im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion dienten.

Die EU und die Militarisierung

Eine ähnliche Rolle nimmt auch die heutige EU im wieder aufgeflamten Konflikt mit Russland ein. 1999 erfolgte der Angriffskrieg der NATO auf Jugoslawien, nachdem sich die Europäische Union bis an die Grenze Russlands ausgedehnt hat. Über die Frage der Assoziation mit der EU kam es zu den bis heute andauernden gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Ukraine.

Auch die derzeitige Außen- und Militärpolitik muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. Claudia Haydt und Jürgen Wagner machen das in ihrem gemeinsamen Buch „Die Militarisierung der EU“ deutlich. Im ersten Teil geht es um „die Geostrategie der Weltmacht Europa“, während im zweiten Teil die Institutionen beschrieben werden, mit dem dieses Ziel angestrebt wird.

Sowohl die Armeen der EU Staaten wie auch die Rüstungsindustrien, insbesondere diejenigen von Frankreich und Deutschland, sollen stärker integriert werden. Mit dem Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) wird ein gemeinsamer Rüstungshaushalt aufgebaut. Weitere Instrumente, deren Funktion erläutert werden, sind die Koordinierte Jährliche Überprüfung der Verteidigung (englische Abkürzung: CARD) und die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (englische Abkürzung: PESCO). Das Verhältnis zu den USA ist dabei zwiespältig: Zwar gibt es Widersprüche und Rivalitäten, und die führenden EU Staaten wollen in der Lage sein, auch eigenständige Militäraktionen durchzuführen. Auf der anderen Seite sollte das nicht so missverstanden werden, dass sich das Projekt der Militarisierung der EU gegen die USA richtet. Beide Seiten sind an einer Fortsetzung des Bündnisses interessiert. Nicht erst seit Präsident Trump fordern die USA eine verstärkte Aufrüstung der europäischen Verbündeten, bei gleichzeitiger Sicherung der eigenen Vorherrschaft.

Aufrüsten in der Zukunft

Claudia Haydt und Jürgen Wagner kommen zu dem Fazit, „dass das Gesicht der Europäischen Union bald wohl deutlicher militaristische Züge annehmen wird.“ Anfang 2019 hat der Haushaltsausschuss des Bundestages Gelder für ein gemeinsames Kampfflugzeug genehmigt, dass zusammen mit Frankreich und Spanien entwickelt werden sollte. Weitere Projekte sollen folgen, so eine waffenfähige Eurodrohne und



ein gemeinsamer Kampfpanzer. Verstärkte Rüstungsexporte sind dabei die zwangsläufige Folge der Aufrüstung der EU: Das bekannte ausdrücklich die EU Industriekommissarin Elżbieta Bieńkowska: „Die Steigerung der Exporte trägt wesentlich dazu bei, die kritische Masse europäischer Rüstungsunternehmen zu erhalten [...] Ohne Exporte würden viele EU-Unternehmen [...] ums Überleben kämpfen.“ (Friedensforum 5/2019)

Roland Grimm

Claudia Haydt und Jürgen Wagner
Die Militarisierung der EU – Der
(un)aufhaltsame Weg Europas
zur militärischen Großmacht
 Berlin 2018; edition berolina

Waffenhandel Gestern und Heute

Das Geschäft mit dem Tod

Robert Neumanns Roman
„Sir Basil Zaharoff.
Der König der Waffen“ (1934)



Das „Geschäft mit dem Tod“, also der Handel mit Waffen und Rüstungsgütern, ist kein neues Phänomen. Schon von alters her sind Waffen ein begehrtes Handelsobjekt gewesen, schon in der Antike wurden sie sogar von Dichtern besungen. Doch erst die industrielle Revolution des späten 18. Jahrhunderts, mit der die serielle Waffenproduktion möglich wurde, eröffnete, parallel zum Erstarken des Nationalismus in Europa und ausgedehnter Kolonial- und Ausbeutungspolitik in Übersee, den internationalen Waffenhandel großen Stils. Eine der folgenreichsten Innovationen auf dem Gebiet war die Erfindung des Maschinengewehrs durch den US-Amerikaner Sir Hiram Maxim im Jahr 1881. Das „Maxim Gun“, das 1885 serienmäßig auf den Markt kam, ermöglichte durch seine neuartige Technik eine Schussfolge von bis zu 600 Schuss pro Minute. Es wurde rasch zum Verkaufsschlager. Sir Maxim verkaufte das Gewehr gleichzeitig an 20 verschiedene Nationen. Insbesondere in den britischen Kolonialkriegen in Afrika „bewährte sich das Maxim-MG, so dass alle Militärmächte um die Jahrhundertwende MG vom Typ Maxim einführen“ (<https://de.wikipedia.org/wiki/Maschinengewehr>). Bis heute gehören Handfeuerwaffen, unter anderem hergestellt in der Bundesrepublik Deutschland und von hier aus vertrieben, zu den mörderischsten Waffen weltweit. Von Fachleuten wird geschätzt, dass „alleine durch Gewehre und Pistolen der [deutschen; Anm.d.V.] Waffenschmiede Heckler & Koch nach dem Zweiten Weltkrieg weit mehr als eine Million Menschen ihr Leben verloren haben“ (Flyer der Aktion Aufschrei).

Früher Akteur des internationalen Waffenhandels: Sir Basil Zaharoff

Dieses mörderische, doch leider überaus einträgliches Geschäft funktioniert nicht ohne die Hersteller dieser Güter, es funktioniert aber auch nicht ohne eine Politik, die es, oft gegen die eigenen Richtlinien, politisch absegnet und unterstützt. Und schließlich funktioniert es nicht ohne diejenigen, die diesen Deals die Wege ebnen. Einem dieser Dealer, einem Waffenhändler allergrößten Stils, der über Jahrzehnte hinweg erfolgreich das internationale Geschäft mit dem Tod vorangetrieben und in ungeahnte Dimensionen ausgedehnt hat, hat der österreichische Autor Robert Neumann sein 1934 erstmals erschienen Buch „Sir Basil Zaharoff. Der König der Waffen“ gewidmet. Fokussiert auf einen herausragenden, dabei zugleich äußerst schwer greifbaren Akteur des internationalen Waffengeschäfts werden darin Voraussetzungen, Mechanismen und Interessen aufgedeckt, die nicht nur den Handel mit Rüstungsgütern und Kriegswaffen befördern, sondern auch die fortgesetzte Konfrontationspolitik politischer Mächte gegeneinander und die Aufrüstungsspiralen, die aus ihr folgen.

Als der gerade unter dem Eindruck des Verbots seiner Bücher im faschistischen Deutschland aus Wien nach England geflohene Robert Neumann – Jude, Sozialist und erbarmungsloser Kritiker des faschistischen Aufstiegs auch im österreichischen Ständestaat – im Frühjahr 1934 mit der

Niederschrift seines Buches begann, hatte sich der über achtzigjährige Basil Zaharoff gerade aus dem aktiven Geschäft zurückgezogen. Seinen Ruhestand genießt er als hochangesehener und hochdekoriertester Mann. Von 31 Nationen hat er an die 300 Orden bekommen, hat in Hunderten Aufsichtsräten gesessen, Beteiligungen in Banken, Fabriken, Hotels und Eisenbahngesellschaften besessen. In Frankreich ist er Großoffizier der Légion d'Honneur, in England Träger des Großkreuzes des Bath-Ordens und einer Ehrendoktorwürde des Rechts an der Universität Oxford. Das Spielcasino von Monte Carlo, das er für eine Million Pfund Sterling erworben hat, hat er wenig später für Dreimillionen und Vierhunderttausend Pfund Sterling wieder verkauft. Er ist Ex-Generaldirektor der größten Waffenfabriken und Teilhaber an Rüstungskonzernen in aller Welt und gilt zugleich als bedeutender Kulturförderer und Philanthrop. Diverse Legenden ranken sich um seine Herkunft und die Stationen seiner Karriere, die er über weite Strecken in einem absichtsvollen Dunkel gelassen hat. Das gilt schon für Jahr und Ort seiner Geburt. Populären Lexika zufolge ist er „vermutlich“ 1849 in Muğla in der Türkei geboren, vielleicht aber auch 1851 in Odessa oder Konstantinopel. Seine Nationalität wird mit türkisch oder griechisch angegeben, wobei er sich bei Geschäften mit Russland wohl auch als Russe ausgegeben hat. Auch die Anfänge seiner Karriere liegen im Zwielflicht. Da ist die Rede von einer Tätigkeit als Bordellschlepper oder Feuerwehrmann, als Gelegenheitsarbeiter oder -krimineller, von der Flucht nach

England und einer Gefängnisstrafe wegen Unterschlagung im Londoner Old Bailey's, schließlich ersten Erfolgen im Waffengeschäft.

Zwei Bücher haben bereits vor Neumann versucht, Licht in dieses biographische Dunkel zu bringen. Da ist zum einen Roger Menevée's „Sir Basil Zaharoff, l'homme mystérieux de l'Europe“ (Paris 1928), zum anderen Richard Lewinsohns „Der Mann im Dunkel: Die Lebensgeschichte Sir Basil Zaharoffs, des ‚mysteriösen Europäers‘“ (Berlin 1929). Ein englisches Buch über Zaharoff fehlt also 1934 noch auf dem Markt – und das ist Robert Neumanns Chance. Auf Betreiben eines befreundeten Literaturagenten, dem er 1933 bei seiner Flucht aus Berlin bei Wiener Behörden behilflich gewesen war, überträgt ihm der Londoner Verlag Rich & Cowan den Auftrag, eine neue Zaharoff-Biographie zu schreiben. Der Vertrag mit Rich&Cowan ebnet Neumann den Weg ins englische Exil und eröffnet ihm zugleich die Chance, angesichts der zunehmenden Absehbarkeit eines von Nazi-Deutschland vorbereiteten neuen verheerenden Krieges ein engagiertes antimilitaristisches Entlarvungsbuch zu schreiben, eine zuspitzende, kriminalistische aufgemachte Romanbiographie, die am Beispiel eines ihrer großen Protagonisten

die kriminellen Machenschaften des Rüstungsgeschäfts offenlegt und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich macht.

In einem literarisch inszenierten Indizienprozess zeichnet Neumann den Weg Basil Zaharoffs aus dem biographischen Halbdunkel seiner Jugendjahre bis zur wieder im Dunkel der Privatheit verschwindenden Gegenwart des Jahres 1934 nach. Entscheidend wird dabei das Jahr 1875, nämlich jener Moment, in dem der ehrgeizige junge Mann in Kontakt mit dem schwedisch-norwegischen Rüstungskonzern Nordenfeldt kommt, der ihn kurz darauf zu seinem Verkaufsagenten für den Balkan macht. Auch Sir Hiram Maxim, der Erfinder der Maxim Gun, bedient sich seines Handelsgeschicks, der rasante Erfolg des Maschinengewehrs geht also auch auf Zaharoffs Konto.

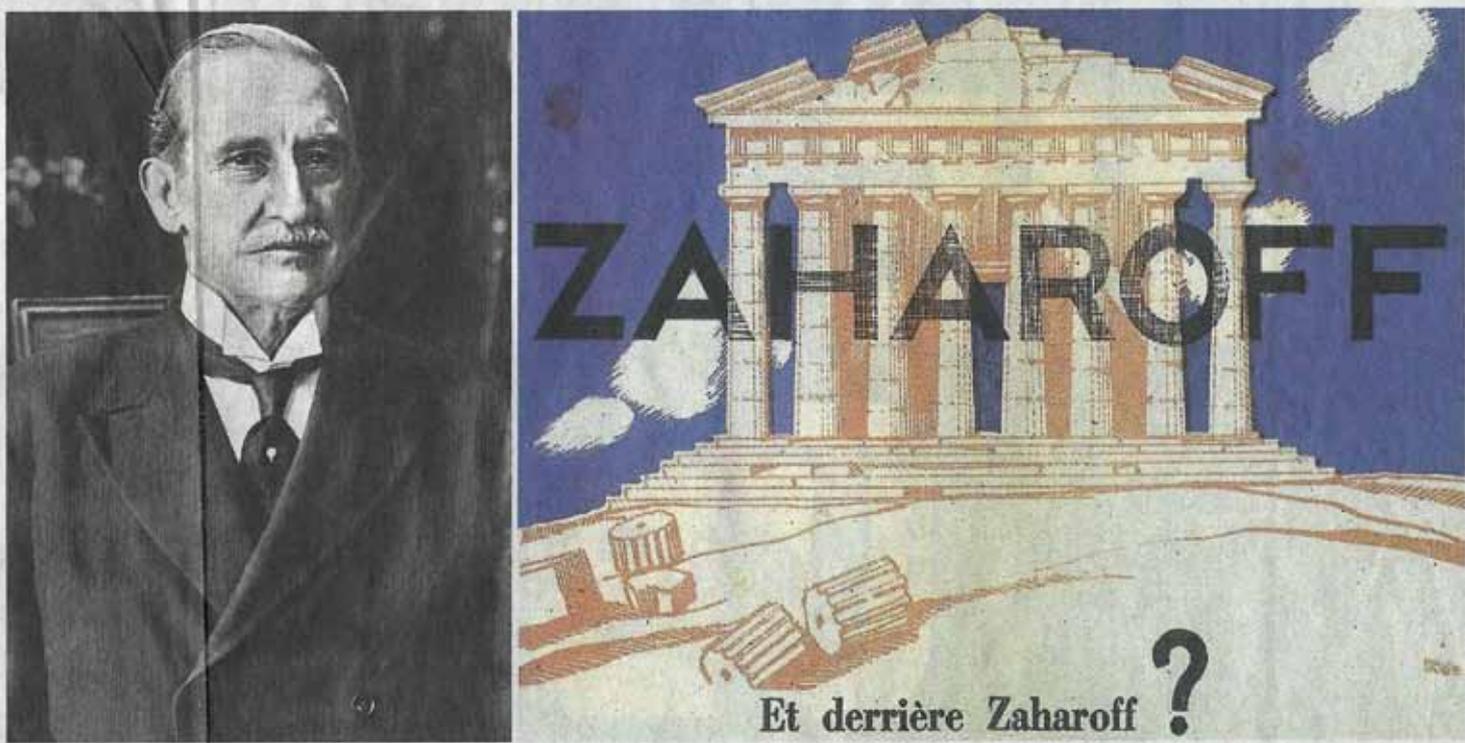
Die Zeiten für Rüstungshersteller und ihre Verkaufsagenten sind damals günstig. Die europäischen Großmächte ringen um die Vorherrschaft nicht nur in Europa, sondern auch in den geopolitisch wichtigen Regionen des Nahen und Mittleren Ostens und in Übersee. Auch das zaristische Russland bereitet seine Expansionspolitik in Richtung Süden vor. Die Türkei und Griechenland rüsten gegeneinander auf; der Balkan ist in Aufruhr, und im Herzen Europas sinnt

Frankreich auf Rache für die Niederlage von 1871. Eine explosive Situation, innerhalb derer Zaharoffs Geschäftsgeschick sich optimal entfalten kann. Hier wird er jene drei „Geschäftsprinzipien“ (so Neumanns Wort) entwickeln, die ihn innerhalb kurzer Zeit zu einem der mächtigsten Waffenhändler Europas werden lassen. „Er wird vom Krieg leben, und wenn es keinen gibt, wird er für ihn sorgen“, hat Christian Tenbrock über ihn geschrieben, und Zaharoff selbst hat, präzisierend, 1936 in einem Interview bekannt: „Ich machte Kriege, damit ich beiden Seiten Waffen verkaufen konnte“ (zit. Die Zeit, 4. Dez. 2003). So einfach – und offenbar so erfolgreich, bis heute.

Geschäftsprinzipien – bis heute aktuell

Die Geschäftsprinzipien, die bei dieser Strategie Basil Zaharoffs wirksam werden, haben ebenfalls nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Da ist zum einen, der Öffentlichkeit nach Möglichkeit verborgen, jenes, das Neumann dezent „Animation“ nennt, nämlich schlicht die Bestechung potentieller Käufer - wie etwa in dem an entsprechender Stelle von Neumann dargestellten Fall eines japanischen Großadmirals, dem Zaharoff, nun schon in leitender Position bei der britischen Rüstungsfirma

Ausschnitt aus dem Artikel von Christian Tenbrock: „Kaufmann des Todes“ in der ZEIT, 4. Dez. 2003



„WER STEHT HINTER ZAHAROFF?“, fragte 1935 eine französische Zeitung. Politik und Industrie, lautete die Antwort

Foto: ullstein (li.), akg-images

Waffenhandel Gestern und Heute

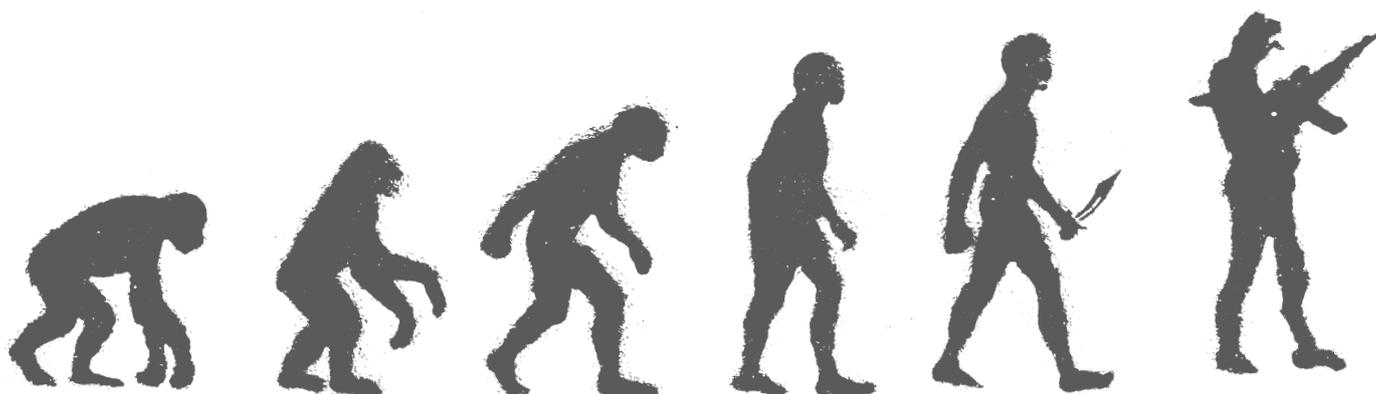
Vickers (die kurz zuvor die schon früher fusionierten Maxim-Nordenfeldt geschluckt hat), charmant eine Summe von 800.000 Goldmark „überlässt“, woraufhin die Japaner von Vickers den Panzerkreuzer „Kongo“ kaufen. Flankiert wird dieses vergleichsweise primitive erste Geschäftsprinzip von jenem zweiten, das Zaharoff im oben zitierten Interview selbst benennt, nur, wenn man so will, in umgekehrter Reihenfolge. Schon bei seinem ersten großen Waffengeschäft, dem Verkauf des neu erfundenen Maxim-Maschinengewehrs, ist es ein Erfolg. Zaharoff bietet die neue Waffe mehreren Nationen gleichzeitig an – wie oben erwähnt, werden es insgesamt 20 Nationen sein, die binnen kürzester Zeit Maschinengewehre vom Typ Maxim Gun einführen, nicht zuletzt, um sie gegeneinander zum Einsatz zu bringen. Denn am wirkungsvollsten und einträglichsten ist der Verkauf an verfeindete Nationen, da er Nachfrage und Einsatz besonders garantiert. Neumann nennt dies das „Prinzip der Doppelseitigkeit“, die „Bewaffnung habitueller Gegner, ‚Erbfeinde‘ und allenfalls solcher, die miteinander sogar schon im Kampfe liegen“ (S. 129). Auch das exemplifiziert Zaharoff bereits mit einem frühen Coup: 1886 verkauft er der Regierung in Athen eines der von Thorsten Nordenfeldt gerade neu erfundenen dampfbetriebenen Unterseeboote. „Er war Grieche – es war nationale Pflicht, seinem Vaterland das Übergewicht im Ägäischen Meer zu verschaffen! [...] Man war in Athen gerührt – und man kaufte“. Mit dem „noch feuchten Vertrag in der Tasche“ reiste freilich „der junge Patriot“ direkt nach Konstantinopel. Denn „bei Lichte besehen war er ja doch in der Türkei zur Welt gekommen, also war es nur recht und billig, dass er seinem Geburtsland zwei Unterseeboote verkaufte –

zwei, denn das war die Türkei sich schuldig. Diese zwei türkischen Unterseeboote wurden schon kurz darauf von Russland als Herausforderung und Drohung empfunden – und es bedurfte nicht mehr des persönlichen Eingreifens Basil Zaharoffs, um den russischen Militärattaché in London zu veranlassen, daß er sich mit Thorsten Vilhelm Nordenfeldt in Verbindung setzte. Der Start von unten war geglückt“, die wechselseitige Aufrüstungsspirale in Gang gesetzt (S. 101 ff.) – und außerdem in einer Konstellation ein Exempel statuiert, das bis heute akut ist. Denn „hemungslos verkauft die Howaldtswerke-Deutsche Werft GmbH in Kiel – eine Beteiligung der Thyssen-Krupp Technologies – bis heute U-Boote bzw. deren Bestandteile, beispielsweise Jagd-U-Boote der Klasse 214 [...] sowohl an die Türkei als auch an Griechenland“, so das „Schwarzbuch Waffenhandel“ von Jürgen Grässlin 2013 (S. 152). „Bei kriegerischen Auseinandersetzungen der verfeindeten Staaten Türkei und Griechenland könnten sich die Seestreitkräfte beider NATO-Staaten mit den in deutscher Lizenz gefertigten U-Booten gegenseitig beschießen. [...] Beachtenswert bei diesen Waffentransfers ist die Tatsache, dass die beiden konkurrierenden Staaten zuweilen zeitgleich mit TKMS-Unterseebooten bewaffnet und im Fall der Klasse 209/1200 sogar mit dem gleichen Waffentyp hochgerüstet wurden“ (S. 152 f.). Nichts hat sich seit Zaharoff geändert. Ebenso, wie der Rüstungsgigant Krupp während des Zweiten Weltkriegs Rüstungsgüter sowohl an das faschistische Deutschland als auch an seine Gegner verkaufte, haben während des Golfkriegs der Jahre 1980 bis 1988 15 Nationen sowohl den Iran als auch den Irak parallel mit Waffen beliefert. (Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Erster_Golfkrieg#Waffenlieferungen).

Zaharoffs mörderisches Prinzip zahlt sich bis heute aus.

Bedrohungsszenarien als Kaufanreiz

Was braucht es nun aber, um Staaten auch jenseits unmittelbarer kriegerischer Auseinandersetzungen zum Ankauf von Rüstungsgütern zu bewegen? Hier greift Zaharoffs drittes Geschäftsprinzip, nämlich der Aufbau von Bedrohungsszenarien mitsamt ihrer wirksamen medialen Verbreitung. „Es genügt nämlich nicht, grundsätzlich kaufwillige Staaten durch günstige Zahlungskonditionen und Rüstungskredite zur Bestellung zu animieren – man muss sie vor allem animieren, dass sie überhaupt erst kaufwillig werden. Kaufwillig werden sie, soweit es sich um demokratische Staaten und konstitutionelle Monarchien handelt, erst dann, wenn man ihnen klar macht, dass sie bedroht sind“ (S. 143). In unserer Zeit der allgegenwärtigen Securitization, der „Versicherheitslichung“ des politischen Diskurses (hinsichtlich „unserer“ potentiellen Bedrohung durch Terrorismus, durch Flüchtlinge, durch den Islamismus, durch „Schurkenstaaten“ usw.) erfreut sich auch dieses Prinzip ungebrochener Wirksamkeit. Ein Beispiel nur aus Zaharoffs Gebrauch: Im Jahr 1907 berichteten mehrere französische Zeitungen parallel von der phänomenalen Ausrüstung der französischen Armee mit Maschinengewehren. Lanciert wurden diese Berichte von Vickers' französischer Partnerfirma Gontard. In Deutschland liest man diese Meldungen mit Sorge – und zwischen 1907 bis 1910 bewilligt der deutsche Reichstag 40 Millionen Reichsmark (heute ca. 320 Mio. Euro) für den Ankauf von Maschinengewehren. Geliefert werden sie von der französischen Waffenfirma Gontard,





Bombenballons für Rüstungsexportverbot vor dem Deutschen Bundestag

Foto: Dominik Thomas Butzmann

deren „Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken“ wiederum mit Zaharoffs Vickers-Konsortium verknüpft ist.

Das Beispiel zeigt, wie lohnend es gerade im Rüstungsgeschäft ist, mit multinationalen Konzernen zu operieren. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs ist die Firma Vickers über Anteile, Ableger und Tochterfirmen in allen europäischen Ländern sowie in Russland und der Türkei vertreten. In deren Aufsichtsräten wiederum sitzen nationale Politiker wie auch ranghohe Vertreter des Militärs – die Liste der Gründungsaktionäre etwa der 1914 aus der Taufe gehobenen multinationalen „Société Française des Torpilles Whitehead“ liest sich wie ein who is who der europäischen High Society (S. 176). Und die Gewinnsumme von mehreren hundert Millionen Pfund Sterling für die Kriegsgüter, welche die Firma Vickers während der Jahre 1914–1918 liefert, lässt endgültig keinen Zweifel mehr an der Profitabilität auch des grauenhaftesten Krieges – und zwar für alle am Geschäft beteiligten Seiten (S. 179). Zynisch, doch leider realistisch Neumanns Sentenz nach der wiederum später beigegebenen Auflistung jener enormen Masse von Kriegsgütern, die das besiegte Deutsche Reich aufgrund des Versailler Friedensvertrages nach 1918 abzuliefern hatte: „Traum eines Kanonenkönigs, bei der Wiederaufrüstung solcher Mengen dabei zu sein!“ (S. 271). Eben diese Wiederaufrüstung ist 1934, als das Buch erscheint, in Hitlers Deutschland sehr weit fortgeschritten. Der neue Krieg steht schon vor der Tür.

Widerstände gegen die Veröffentlichung

Man soll nun nicht meinen, dass ein solches Buch über die Mechanismen des Rüstungsgeschäfts und die damit verbundene offene oder verdeckte Kriegstreiberei im England der 1930er Jahre ohne weiteres zu publizieren war. Weder der Verlag Rich&Cowan noch der Protagonist dieses brisanten Enthüllungsbuches halten nämlich lange still. Als ruchbar wird, in welche Richtung die Darstellung Robert Neumanns gehen wird, zieht der Verlag die Notbremse. Neumann möge, so wird ihm angetragen, die für Zaharoff verhänglichen Passagen streichen und durch Material ersetzen, das der Porträtierte ihm selbst zur Verfügung stellen wolle. Man garantiere dann den Vorabdruck in einer renommierten Tageszeitung nebst einem (zumal für einen mittellosen Emigranten wie Neumann geradezu astronomisch hohen) Honorar. Sollte er dieses Angebot allerdings nicht annehmen, so drohe nicht nur der Rückzug des Verlags von dem geschlossenen Vertrag, sondern auch ein Prozess wegen übler Nachrede, und zwar vonseiten Zaharoffs selbst. Bestechung und Drohung gehören also auch in diesem, vergleichsweise bescheidenen, Bereich zum Geschäft.

Der Prozess, den Sir Basil Zaharoff, einer der mächtigsten und reichsten Männer Europas, gegen den Emigranten Robert Neumann anstrengt, dauert drei Jahre und

endet erst mit Zaharoffs Tod. Es sind, so erinnert sich Neumann in seiner Autobiographie, „die sinnlos-sorgenvollsten meines Exils“. Nach diversen Umwegen erscheint zuerst die deutsche Ausgabe ohne Änderungen in der Zürcher Bibliothek zeitgenössischer Werke. Die englische Ausgabe übernimmt der renommierte Londoner Verlag Allen&Unwin im Jahr 1935, zeitgleich erscheint sie bei Alfred Knopf in New York. Wie sehr das Thema öffentlich interessiert, zeigt der reißende Absatz, den das Buches direkt nach seinem Erscheinen findet: Die englische Ausgabe ist innerhalb von 6 Monaten vergriffen und wird noch 1936 zwei Mal nachgedruckt, es folgen Übersetzungen ins Französische, Niederländische und Tschechische. Bis zum Jahr 1939 wird „Zaharoff. The Armament's King“ allein in England über 35.000 Mal verkauft. 1940 beurteilen die britischen Behörden das Buch als der heimischen Waffenindustrie gegenüber feindlich eingestellt und daher „anti-british“, was dazu beiträgt, dass Neumann als „Enemy Alien“ („feindlicher Ausländer“) der Kategorie B eingestuft und auf der Isle of Man interniert wird. In Deutschland kann „Zaharoff“ 1951 erstmals erscheinen. Eine neue Ausgabe bringt, mit einem ausführlichen Vorwort versehen, im Jahr 2011 der Frankfurter Wunderkammer-Verlag heraus. Wer sich mit dem Thema Rüstungshandel befasst, sollte es lesen.

Waffenhandel Gestern und Heute

Das Geschäft mit dem Tod

Über Waffenhandel heute

Waffenhandel, wir konzentrieren uns im Folgenden auf den Kriegswaffen-Handel, ist ein schmutziges und unmenschliches Geschäft, ein undemokratisches dazu. Er ist politisch hoch brisant, es vergeht keine Woche ohne eine wichtige Meldung in den Medien über Völkerrechts-, Menschenrechts- oder Grundgesetzverletzungen, ohne tiefgreifende Auseinandersetzungen in verschiedensten Foren.

Im folgenden Beitrag wollen wir zum einen die aktuelle Politik um den Waffenhandel beleuchten, wollen zum anderen einen Blick werfen auf eine epochale literarische Verarbeitung des Phänomens.

Die traurige Realität ist im jährlichen Bericht des schwedischen Instituts SIPRI (<https://www.ecosia.org/search?tt=mzl&q=sipri+bericht+2019>) zu lesen.

Wir fassen die Entwicklung der letzten Jahre grob zusammen:

- Die Rüstungsausgaben summieren sich derzeit auf der gesamten Erde auf etwa 1.800 Mrd. US-\$ - Tendenz steigend. Hiervon machen die NATO-Staaten und ihre Verbündeten etwa zwei Drittel aus. (Für die sogenannte „Entwicklungshilfe“ wurden in den vergangenen Jahren jährlich um die 120 Mrd. US-\$ aufgewandt.)

- Der Rüstungsexport (hier gibt es in den Statistiken zuweilen Verwirrung durch die Differenzierung zwischen Klein- und Großwaffen) bewegt sich jährlich zwischen 40 und 50 Mrd. \$ - Tendenz steigend. Die beiden folgenden SIPRI-Schaubilder geben einen guten Eindruck über die Exporteure wie die Importeure.

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Waffenhandel durch

Rüstungsexport-Richtlinien aus dem Jahre 2000 reglementiert-Regeln, die in der politischen Realität nichts einbringen:

- Das Empfängerland darf nicht in einem Spannungsgebiet liegen (Ziff. II,4 RüExpRi);

- „Der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsländ wird bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen.“ (Ziff. I,2)

Unsere Kritik bezieht sich auf Waffenhandel mit Ländern wie Saudi-Arabien, Algerien, Israel und viele andere. Die Exporte in diese Länder widersprechen fundamental den eigenen Richtlinien. Insgesamt handelt die BRD – über die Jahre betrachtet - mit über 50 Staaten.

Ökonomisch ist der Rüstungsexport – verglichen mit dem deutschen Brutto-Inlands-Produkt (BIP) - eher eine zu vernachlässigende Größe:

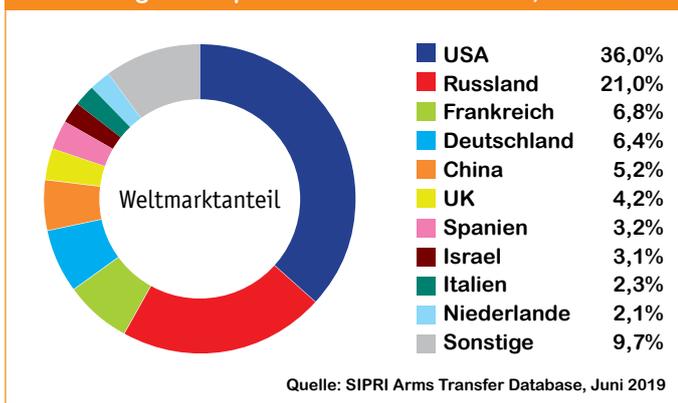
- Knapp 100.000 Beschäftigte hat der Rüstungssektor in Deutschland; diese sind in aller Regel hochqualifiziert.

- Die Zulieferer hinzugenommen, arbeiten etwa 200.000 ArbeitnehmerInnen im Rüstungsbereich (von 45 Millionen ArbeitnehmerInnen insgesamt; also knapp 0,5 %)

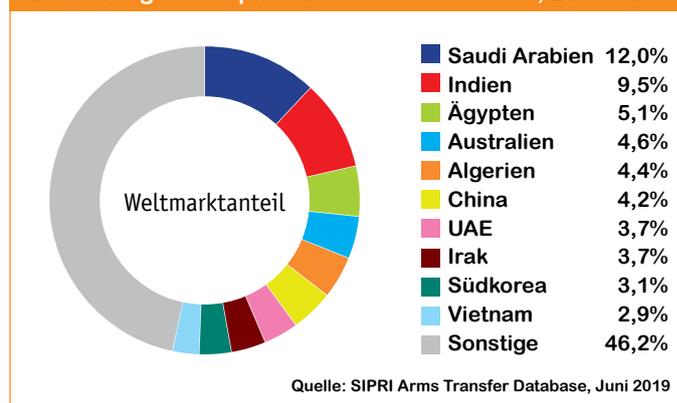
- Der Anteil der Rüstung am deutschen Export betrug in den letzten Jahren im Durchschnitt 0,2 %.

- Der Anteil Rüstung insg. am BIP lag unter 1%.

Die wichtigsten Exporteure von Grosswaffen, 2014-18



Die wichtigsten Importeure von Grosswaffen, 2014-18



@namenlos4 schreibt auf twitter:

Oder wir machen es so: Die Länder, die die Waffen in Krisengebiete liefern, müssen die Flüchtlinge aufnehmen. Zack, Frieden.

Quelle: www.twitterhelden.de

An dieser Stelle ein erstes Resümee zum Politik- und Ökonomiefaktor Rüstungsexport:

- 1 Rüstungsexport ist volkswirtschaftlich unbedeutend;
- 2 Er ist ethisch (zumeist) mit nichts zu rechtfertigen;
- 3 Er ist außen- und sicherheitspolitisch kontraproduktiv: Rüstung und Militär haben alle Krisen verschärft, haben keine gelöst.
- 4 Rüstung und Krieg haben viele Länder (u.a. UdSSR, Länder des subsaharischen Afrikas u.v.m.) in ihr Verderben gestürzt und failed states (gescheiterte Staaten) produziert.
- 5 Die durch Rüstungsexporte angeheizten inner- und internationalen Konflikte haben Millionen Menschen dazu bewegt, ihre Heimat zu verlassen. Im vergangenen Jahr 2019 waren 70 Millionen Menschen auf der Flucht, von denen mit weniger als zehn Prozent nur ein äußerst geringer Anteil in die in die Rüstungsexportländer gelangt, in die Länder des reichen Nordens und Westens.
- 6 Ein moderner Staat täte gut daran, auf Rüstung und seinen Export zu verzichten. Deutschland sollte Vorreiter in der Europäischen Union sein. Es gibt dort Bündnispartner, nicht nur unter den neutralen Staaten wie Irland. Ein Aspekt am Rande: Wie stünde Deutschland (wie stünde auch die EU) da, wenn es seine Freiheit nicht „am Hindukusch“ zu verteidigen sähe, sondern durch eine kluge Entwicklungs- und Ausgleichspolitik zum Wohle der Menschheit beitrüge!
- 7 Konversion, das heißt: die Umwandlung von Rüstungsindustrie zu volkswirtschaftlich und möglichst ökologisch sinnvoller Industrie, muss wieder gefördert werden. Der Probleme sind viele. Die Beschäftigten der Rüstungs-Industrie sind hochqualifiziert und in überschaubaren Fristen weiterqualifizierbar! Sie könnten nach der Beendigung der Exportpolitik zunächst Prothesen herstellen für die Menschen, die von deutschen Klein- und Großwaffen verletzt, verstümmelt wurden. Sie könnten sich dann vielfältig um die Integration von Flüchtenden kümmern, könnten zum ökologischen Umbau unseres Landes beitragen, sich in der Altenhilfe und beim Radwegbau betätigen.

Die Frage muss gestellt und beantwortet werden, warum der Rüstungsexport, obwohl gesamtwirtschaftlich eher unbedeutend und

sicherheitspolitisch in höchstem Maße destabilisierend wirkend, dennoch weiter betrieben wird - in unserem Land gar von einer Koalition, in der die Sozialdemokratie, eine jahrzehntelange Friedenspartei, eine wichtige Rolle spielt. Wir wollen diese Frage nach den Interessen von drei Perspektiven aus betrachten, von der Perspektive der Menschen, der Unternehmen und des Staates aus.

■ Für die Bevölkerung ist Rüstungsexport und damit –industrie zumeist ein Unsicherheitsfaktor: In Kriegen wurden und werden Rüstungsstandorte (ein Beispiel in unsere Nähe ist Kassel) zuerst angegriffen.

■ Auf der anderen Seite wird, verstärkt in Gewerkschaftskreisen, das Arbeitsplatzargument bemüht: Rüstung bringe Menschen in Brot und Arbeit. In der ökonomischen Realität ist es indes schwer zu halten: Ein Arbeitsplatz in der Rüstungsindustrie kostet volkswirtschaftlich ca. 135.000 Euro im Jahr, der eines*r Lehrer*in um die 50.000 €. Ein Soldat der Bundeswehr kosten (bei 43 Milliarden € Haushalt und 190.000 Soldat*innen) gar 226.000 € im Jahr. Der Rest dieses Geldes wird an kostbare Rohstoffe vergeudet; das Militär ist schon zu Friedenszeiten darüber hinaus der größte Umweltverschmutzer schlechthin.

■ Die Interessen der Unternehmen sind klar zu umreißen: Da die Kunden zumeist Staaten sind, sind die Geschäfte mit Rüstung recht risikolos, hohe Gewinne sind garantiert. Ist ein Unternehmen erst einmal etabliert, entstehen zudem rasch Abhängigkeiten auf staatlicher Seite.

■ Die Interessen des Staates, der Staaten sind, wie schon angedeutet, zwiespältig: Auf der einen Seite sollte sich die Erkenntnis durchsetzen, dass über eine lange Sicht hin der Rüstungsexport kontraproduktiv ist: Ein Blick auf die Interventionskriege der vergangenen 30 Jahre, die zumeist gegen Diktaturen und Diktatoren geführt wurden, die vor den Interventionen von West wie Ost mit Waffen versorgt worden waren (von Jugoslawien/Kosovo bis hin zu Libyen/Mali), legt dies nahe: Sie sind ausnahmslos gescheitert, haben Gesellschaften zerrüttet, zerstört. Auf der anderen Seite erscheint den Herrschenden unserer Staatengemeinschaft mit wenigen Ausnahmen (Costa Rica) ein Staat ohne waffenstarre Gewalt nicht vorstellbar. Hier muss weiter Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Johannes M. Becker



Mahnwache zum Beginn des Heckler & Koch-Strafprozesses vor dem Landgericht Stuttgart, 15. Mai 2018

Foto: Ohne Rüstung Leben



Interview mit Charlotte Kehne von „Ohne Rüstung leben e.V.“

Die Referentin für Rüstungsexportkontrolle und Sprecherin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ von Ohne Rüstung Leben erzählt über die Gründung und Arbeit des Vereins.

Weldladen: Wie wurde Ohne Rüstung Leben gegründet?

Charlotte Kehne: Ohne Rüstung Leben wurde 1978 in Reaktion auf die fünfte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen gegründet, wo dazu aufgerufen wurde, sich für Abrüstung zu engagieren. Die Initiator*innen von Ohne Rüstung Leben haben daraufhin eine Selbstverpflichtungserklärung entworfen, die lautet: ‚Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, dass Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird. Innerhalb von fünf Jahren konnten für diese Erklärung fast 25.000 Unterschriften gesammelt werden. Im Anschluss wurde der Verein gegründet, wie er heute besteht.

Weldladen: In welchen Themenbereichen engagiert ihr euch und auf welche Weise tut ihr das?

Charlotte Kehne: Es ist das Ziel von Ohne Rüstung Leben, Krieg und Gewalt als Mittel der Politik zu ächten. Wir arbeiten aktuell in drei Arbeitsbereichen, die wir als Schritte zum Erreichen unseres Ziels sehen: Rüstungsexporte stoppen, Atomwaffen abschaffen und Frieden entwi-

ckeln. Unsere Methoden sind die Informations- und Bildungsarbeit, Aktionen und Kampagnen sowie Lobbyarbeit. Wir informieren die Öffentlichkeit über unsere Themen und geben Argumente an die Hand. Im Bereich Kampagnen sind wir Mitglied in verschiedenen Netzwerken, z.B. bei der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“. Zudem entwickeln wir Aktionen, wie beispielsweise Postkarten mit bestimmten Motiven und Forderungen. So können sich alle Bürger*innen mit ihren Forderungen konkret an Entscheidungsträger*innen wenden. Darüber hinaus sind wir Mitglied bei den Kritischen Aktionären. Denn nur eine Aktie eines Rüstungsunternehmens gewährt uns Eintritt zu den Hauptversammlungen. Jede*r Aktionär*in hat Rederecht und darf Fragen stellen, die der Vorstand beantworten muss. Hier findet eine unmittelbare Rückkoppelung statt, was ich sehr mag. Wir sind vor allem bei den Versammlungen von Heckler und Koch, Rheinmetall und Daimler mit dabei. Daimler stellt Militärfahrzeuge her. Auch wenn diese nicht bewaffnet sind, ermöglichen sie die Logistik des Krieges. Auch das lehnen wir ab.

Weldladen: Wie bist du denn zu Ohne Rüstung Leben gekommen?

Charlotte Kehne: In meiner Bachelorarbeit habe ich mich mit den G36-Lieferungen aus Deutschland nach Mexiko befasst. Bei meinen Recherchen bin ich auf Ohne Rüstung Leben gestoßen und habe dort dann auch ein Praktikum gemacht.

Später wurde ich dann Referentin für Rüstungsexportkontrolle.

Weldladen: Was ist für dich der größte Erfolg von Ohne Rüstung Leben?

Charlotte Kehne: Ich habe das Gefühl, dass das Thema Rüstungsexporte und die Kritik an Rüstungsexporten in der breiten Gesellschaft angekommen sind und dass viele Menschen in dieser Hinsicht sensibilisiert sind. Das sehe ich als einen enormen Erfolg. Die Kritik an Rüstungsexporten ist kein Randthema mehr. Und natürlich ist das nicht allein der Erfolg von Ohne Rüstung Leben, sondern von ganz vielen Organisationen.

Weldladen: Wie kann man sich bei euch einbringen, wenn man sich bei euch oder in dem Themenfeld engagieren möchte?

Charlotte Kehne: Ohne Rüstung Leben ist keine Mitgliederorganisation, das bedeutet, dass wir keine Mitglieder haben. Wir bieten aber unsere Aktions- und Informationsmaterialien öffentlich an und geben sie gerne an alle weiter, die sich weiter mit dem Thema beschäftigen wollen. Unsere Materialien sind kostenlos, zur Weitergabe konzipiert und können über unsere Webseite bestellt werden. Darüber hinaus freuen wir uns, wenn Organisationen und Vereine anrufen und wir in einen Austausch kommen, das kann für einen Vortrag sein oder für eine bestimmte Kooperation.

Gerichtsurteil zu Heckler & Koch:

Waffen hätten unter keinen Umständen nach Mexiko geliefert werden dürfen

Im Rahmen der 13. Semana Latina in Marburg 2019 hat Charlotte Kehne über deutsche Kleinwaffenexporte nach Mexiko und den Prozess gegen ehemalige Mitarbeitende des Rüstungsunternehmens Heckler & Koch gesprochen.

In der Nacht vom 26. auf den 27. September 2014 griffen Polizeikräfte und weitere bewaffnete Gruppen in Iguala im mexikanischen Bundesstaat Guerrero einen Bus an, in dem Lehramtsstudent*innen der pädagogischen Hochschule Ayotzinapa unterwegs waren. Es gab Tote und Verletzte, 43 Student*innen fielen der Praxis des „Verschwindenlassens“ zum Opfer. Vor Ort sichergestellt wurden Gewehre vom Typ G 36 des deutschen Kleinwaffenherstellers Heckler & Koch. Der Waffenexport in diesen krisenhaften mexikanischen Bundesstaat war illegal. Im Gerichtsverfahren am Landgericht Stuttgart wurde zwischen Mai 2018 und Februar 2019 verhandelt, wie in den Jahren 2006 bis 2009 rund 4.500 G36-Sturmgewehre in bestimmte mexikanische Bundesstaaten gelangen konnten, die gemäß den Genehmigungen nicht beliefert werden sollten. Charlotte Kehne von Ohne Rüstung Leben e.V. bewertet in ihrem Vortrag den Prozess und das Urteil der illegalen Waffenexporte.

Zunächst beschreibt Charlotte Kehne die Charakteristika von Kleinwaffen als leicht trag- und bedienbar, enorm verbreitet und besonders tödlich in ihrer Wirkung. Kleinwaffen werden zudem häufig illegal gehandelt und wechseln so nach Erreichen der offiziellen Empfänger*innen häufig die Besitzer*innen. Mit dieser Beschreibung macht sie deutlich, wie wichtig gesetzliche Regelungen auf dem Weg zu einem Kleinwaffenexportverbot sind.

Deutschland rangiert als Kleinwaffenexporteur auf Platz 4 weltweit. Gemäß den Politischen Grundsätzen der deutschen Bundesregierung soll bei der Genehmigung von Rüstungsexporten der Beachtung der Menschenrechte im Empfängerland besonderes Gewicht beigemessen werden. Politische Grundsätze sind aber Absichtserklärungen und keine Gesetze und sind somit nicht einklagbar. Weiter besagen die im Juni 2019 aktualisierten Grundsätze, dass der Export von Kleinwaffen in Drittländer

grundsätzlich nicht mehr genehmigt werden soll. Dies ist ein Fortschritt, doch diese Formulierung lässt Ausnahmen zu. Die deutsche Rüstungsexportpraxis zeigt, dass Ausnahmen zur Regel werden können. Deshalb müssen die Entwicklungen genau beobachtet werden.

Im Prozess um die Waffenlieferungen von Heckler & Koch nach Mexiko wurde ehemaligen Mitarbeitenden des Unternehmens vorgeworfen, dass Tausende G36-Sturmgewehre wissentlich in mexikanische Bundesstaaten geliefert wurden, die dort nicht hin sollten. Denn in den Endverbleibserklärungen, in denen der Empfänger bestätigt, dass die Waffen für einen bestimmten Empfänger vorgesehen sind, tauchten diese Staaten nicht auf. Den Angeklagten wurde vorgeworfen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen zu haben. Der Prozess endet mit der Verurteilung einer ehemaligen Sachbearbeiterin und eines Vertriebsleiters wegen des Erschleichens von Genehmigungen zu Bewährungsstrafen. Für eine Verurteilung der weiteren Angeklagten reichten die vorliegenden Beweise nicht aus. Darüber hinaus muss das Unternehmen 3,7 Millionen Euro Strafe zahlen. Die Summe entspricht dem Umsatz aus den illegalen Mexiko-Geschäften.

Charlotte Kehne bewertet es als grundsätzlich positiv, dass überhaupt ein Prozess gegen das Rüstungsunternehmen stattgefunden hat. Dieser Prozess hätte ohne die Arbeit von Aktivist*innen und Journalist*innen nicht stattgefunden. Zudem hat ihr zufolge der Prozess gezeigt, dass die Bundesregierung ihrem

Spendenkonto „Ohne Rüstung Leben“

Bitte nutzen Sie für Ihre Spende das folgende Konto:

IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEF1EK1
Evangelische Bank

Ohne Rüstung Leben ist als gemeinnützig anerkannt.

Für Ihre Spende oder Onlinespende erhalten Sie eine steuerabzugsfähige Zuwendungsbestätigung.

eigenen Anspruch in der Rüstungsexportkontrolle nicht gerecht wird. Kritisch sieht sie, dass die Opfer von Iguala im Prozess keine Rolle gespielt haben. So wurde die Akten-einsicht im Hinblick auf die Zulassung einer Nebenklage von Betroffenen aus Mexiko nicht zugelassen. Ein Angehöriger reiste für den Prozess dennoch nach Deutschland und weitere Angehörige schickten zum Prozessauftakt einen Brief, der vor dem Gericht verlesen wurde. Des Weiteren kritisiert Charlotte Kehne, dass die Verantwortlichkeit der Genehmigungsbehörden bei dem Export nicht untersucht wurde und die Behördenvertreter*innen somit nur als Zeug*innen geladen wurden.

Charlotte Kehne hält fest, dass Heckler und Koch angesichts zunehmender Gewalt, Menschenrechtsverletzungen sowie Korruption und Straflosigkeit unter keinen Umständen nach Mexiko hätten liefern dürfen. Sie beklagt, dass die Folgen des Exports im Prozess nicht beachtet wurden und somit die tödliche Wirkung von Kleinwaffen unbeachtet blieb.

Eva Küssner



Gedenken an die Opfer der Sturmgewehre von Heckler & Koch in Mexiko

Foto: Ohne Rüstung Leben

Weil Waffen noch nie irgendetwas gelöst haben!

Eine Zusammenfassung des Workshops „Visionen einer friedlicheren Welt“ von Kerstin Deibert (Ohne Rüstung Leben) über den Zusammenhang von Frieden und Entwicklung und wie sich Mediation als Methode von Ziviler Konfliktbearbeitung einsetzen lässt.

Kerstin Deibert ist Referentin für Frieden und Entwicklung bei Ohne Rüstung Leben e.V. und arbeitet außerdem als Mediatorin und Trainerin für Konstruktive Konfliktbearbeitung. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe zum Thema Waffenhandel hat sie in Marburg einen Workshop zum Thema Frieden und Entwicklung durchgeführt.

In ihrer Einführung greift Kerstin Deibert zunächst die These auf, dass bewaffnete Konflikte und Gewalt die Kernherausforderungen für nachhaltige Entwicklung sind. Global betrachtet leben derzeit 1,5 Milliarden Menschen in Ländern, die von Gewalt, Krieg und Fragilität geprägt sind. Der Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung 2017 sagt, dass im Jahr 2030 fast zwei Drittel aller extrem armen Menschen in fragilen Staaten leben könnten, wenn nicht intensiv in Friedensförderung investiert wird. Gewaltsame Konflikte der Gegenwart sind zunehmend komplexer, dauern länger, gehen über nationale Grenzen hinaus und sind eng mit globalen Herausforderungen

wie Klimawandel und sozialen Ungleichheiten verknüpft. Folgen von bewaffneten Konflikten und politischer Gewalt sind Flucht und Vertreibung sowie Zusammenbrüche von Gesundheits-, Bildungs- und Wirtschaftssystemen. Gesundheit, Bildung und Wirtschaft sind jedoch wichtige Indikatoren für menschliche Entwicklung: Lücken oder Zusammenbrüche sozialer Dienstleistungssysteme können langfristige Folgen haben.

Frieden und Entwicklung, so die zweite These, sind folglich untrennbar miteinander verbunden. Am Beispiel Nahrung macht Kerstin Deibert die Wechselwirkung von Frieden und Entwicklung deutlich: gewaltsame Konflikte sind eine der Hauptursachen für Hungerkrisen. Der Global Report on Food Crisis 2017 besagt, dass 10 von 13 aktuellen Hungerkrisen konfliktbedingt sind. Nahrungsunsicherheit wiederum erhöht das Risiko für gewaltsame Auseinandersetzungen. So gab es 2016 in 40 Ländern Unruhen wegen steigender Preise für Nahrungsmittel. Übertragen auf die Ziele für nachhaltige

Was ist Mediation?

Mediation ist ein Verfahren der Zivilen Konfliktbearbeitung, bei dem die Konfliktparteien selbst Expert*innen für ihren Konflikt sind und gemeinsam eine Lösung finden, mit der sie komplett einverstanden sind. Die Mediator*innen unterstützen diesen Prozess, indem sie die Rahmenbedingungen schaffen und Anleitung geben, damit die Parteien miteinander ins Gespräch kommen können. Mediator*innen streben eine allparteiliche Haltung an und behandeln alle Inhalte vertraulich. Das Verfahren konzentriert sich nicht auf die Schuldfrage oder vergangenes Geschehen, sondern arbeitet zukunftsorientiert und sucht nach gemeinsamen Regelungen für einen zukünftigen Umgang miteinander. Eine Mediation ist ergebnisoffen.

Mehr über Mediation lesen unter www.bmev.de/mediation

Entwicklung (SDGs) bedingen die Nachhaltigkeitsziele ‚Frieden‘ und ‚Beseitigung des Hungers‘ einander.

Die Wechselwirkung von Frieden und Entwicklung steht bereits in der Präambel der Agenda 2030 (Sustainable Development Goals, SDGs) geschrieben. Dort heißt es: „Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung

AGENDA 2030

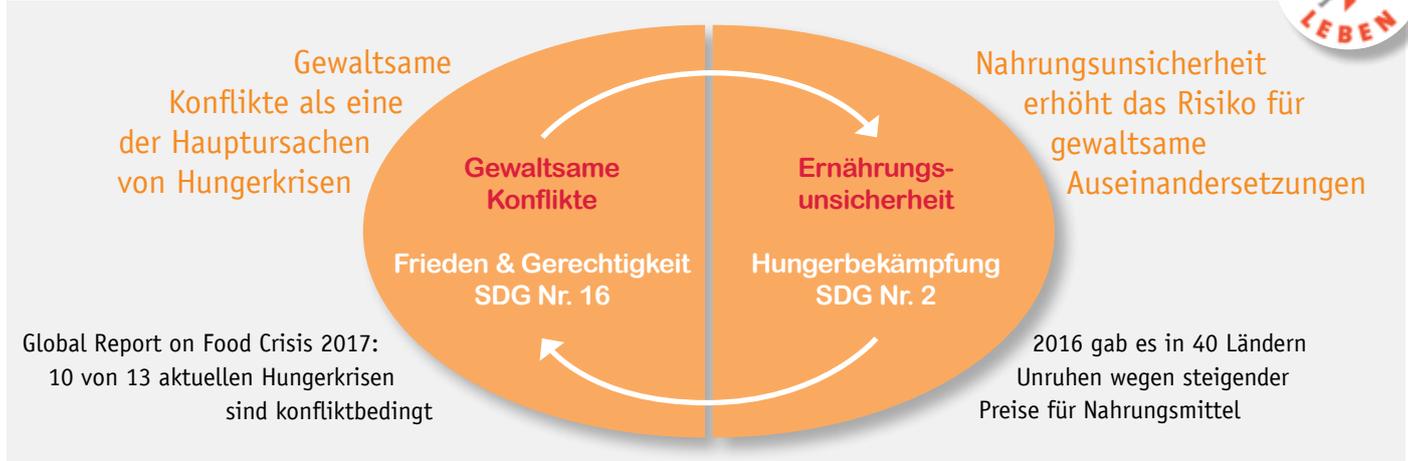
Ziel Nr. 16 die „Förderung von friedlichen und inklusiven Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung“.

- (16.1) deutliche Reduzierung aller Formen von Gewalt und(...) Todesfällen weltweit
- (16.3) Rechtsstaatlichkeit (...) fördern
- (16.4) deutliche Verringerung illegaler Waffenströme bis 2030
- (16.5) Korruption (...) erheblich reduzieren
- (16.6) (...) transparente Institutionen
- (16.7) partizipatorische Entscheidungsfindung
- (16.b) nichtdiskriminierende Rechtsvorschriften und Politiken (...) fördern





WECHSELWIRKUNGEN – EIN BEISPIEL



geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.“

Ziel Nr. 16 zu Frieden fordert als Unterziele unter anderem die Reduktion aller Formen von Gewalt und Todesfällen weltweit und fordert eine deutliche Verringerung illegaler Waffenströme bis 2030. Frieden ist zwar ein individuelles Ziel der SDGs, kann aber nicht, wie das vorangehende Beispiel gezeigt hat, in Isolation von den anderen Zielen erreicht werden. Neu an der Agenda 2030 ist vor allem der partnerschaftliche Ansatz, das Versprechen von Inklusivität, Beteiligung sowie niemanden zurückzulassen, ‚leave no one behind‘. Vor allem aber, dass zum ersten Mal alle Ziele für die Länder des globalen Südens wie auch des globalen Nordens gelten. Alle sind nun „Entwicklungsländer“, mit jeweiligen Schwerpunkten. Frieden muss demnach als Querschnittsthema der anderen Ziele gesehen werden und kann nur in globaler Partnerschaft erreicht werden.

Im Praxisteil des Workshops geht es dann um Möglichkeiten, das Ziel ‚Frieden‘ der Agenda 2030 umzusetzen. Kerstin Deibert stellt dafür die Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) als eine übergreifende Bezeichnung für zivile, gewaltfreie und nichtmilitärische Methoden vor, die es ermöglichen, in einen bestehenden Konflikt einzugreifen, zu deeskalieren, eine Gewalteskalation zu verhindern oder nachzusorgen. Die ZKB basiert auf dem theoretischen Konzept des Positiven Friedens und bezieht alle beteiligten Akteur*innen in den Konfliktbearbeitungsprozess mit ein. Die Methoden der ZKB setzen präventiv an, indem gemeinsame Konfliktanalysen erstellt werden, die Kommunikation zwischen Konfliktparteien gefördert wird und bestehende Friedensin-

itiativen in ihrer Arbeit unterstützt werden. Im Konflikt werden gewaltfreie Zonen eingerichtet, Mediationen und Runde Tische durchgeführt. In der Nachsorge wird besonders die Reintegration von Geflüchteten unterstützt, Wiederaufbau sowie Vergangenheitsaufarbeitung geleistet. Der Leitgedanke der ZKB ist, dass ein konstruktiver Umgang mit Konflikt lernbar ist.

Im Anschluss haben die Teilnehmenden des Workshops die Möglichkeiten sich in verschiedenen Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung auszuprobieren, von denen wir im Folgenden zwei vorstellen und die beispielsweise in der Mediation zum Einsatz kommen.

Unterscheiden zwischen Bewertungen und Beobachtungen

Dank einer bewussten und transparenten Unterscheidung von Beobachtung und Bewertung kann ich meinem Gegenüber deutlich machen, was objektiv sichtbar an seiner/ihrer Handlung war und was meine Interpretation davon ist. Eine Beobachtung ist eine wertfreie Beschreibung und Wahrnehmung von einem Geschehen, das objektiv für alle Personen gleich ist: „Ich habe versucht dich heute Vormittag um 10 und 11 Uhr telefonisch zu erreichen, aber es hat niemand abgenommen.“ Eine Bewertung ist ein subjektives Verstehen und eine Deutung von etwas Gegebenem, das eine andere Person ganz anders beschreiben kann als ich: „Du bist aber auch schlecht zu erreichen.“ Beim Feedback geben bemühe ich mich um eine klare Trennung zwischen Beobachtung und Bewertung um deutlich zu machen, was objektiv sichtbar

an der Handlung war und was meine eigene Interpretation davon ist: „Heute Vormittag habe ich zwei Mal versucht dich telefonisch zu erreichen und du hast nicht abgehoben. Da dachte ich, dass es knapp wird, dass wir uns rechtzeitig miteinander besprechen können.“

Formulieren von Ich-Botschaften

Botschaften, die einen Vorwurf, Verallgemeinerungen oder Beschimpfungen transportieren und das Gegenüber als Person angreifen, werden Du-Botschaften genannt -> „Du bist nachlässig.“ Eine häufige Reaktion auf derartige Botschaften sind Gegenangriffe oder Verteidigung -> „Du bist doch selbst immer total chaotisch.“ Oder -> „Ich hatte einfach viel zu viel zu tun.“ Mit gegenseitigen Vorwürfen dieser Art reden wir zunehmend frustriert aneinander vorbei, ohne dass wir unsere Bedürfnisse kommunizieren und unserem Gegenüber mitteilen, worum und wie es uns gerade geht. Mit einer Ich-Botschaft dagegen lassen sich Bedürfnisse, Gefühle oder Wünsche in einer angriffsfreien Form ausdrücken. In Ich-Botschaften bleibt eine Person bei sich selbst. Das Gegenüber hat dadurch die Möglichkeit sich in die andere Perspektive hineinzusetzen, kann Verständnis für die Situation aufbauen ohne sich dabei angegriffen zu fühlen. -> „Ich bin sauer, wenn du unser Wohnzimmer nicht aufräumst, weil ich dann das Gefühl habe, dass dir unser Zuhause nicht wichtig ist. Ich wünsche mir, dass du gerne mit mir zusammenwohnst.“ Auch hier bezieht sich die Äußerung auf ein konkretes beobachtbares Verhalten einer Person und nicht auf ihre gesamte Persönlichkeit.

BUCHTIPP

Die deutschen Gewerkschaften betrachten sich traditionell als Teil der Friedensbewegung und treten laut Satzung des DGB „für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.“ Die Alltagspraxis sieht aber ganz anders aus, wie Malte Meyer in seinem Buch „Lieber tot als rot. Gewerkschaften und Militär seit 1914“ zeigt. Allen pazifistischen Lippenbekenntnissen zum Trotz überwog stets die Bereitschaft, die Sicherung der eigenen materiellen Bedürfnisse im Kompromiss mit der herrschenden Klasse und im Rahmen des Nationalstaats zu sichern. Im Zweifelsfall bedeutete das sogar für diesen in den Krieg zu ziehen. Rosa Luxemburg und andere kritisierten diesen Kurs als Sozialimperialismus.

Die Rolle der Gewerkschaften

Bereits im ersten Weltkrieg beteiligten sich die deutschen Gewerkschaften an der Organisation der Kriegswirtschaft, bekämpften dann in der Weimarer Republik sozialistische Revolutionsversuche, bevor sich in deren Endphase führende Funktionäre dem Reichswehrgeneral Kurt von Schleicher mit seinen Diktaturplänen und sogar den Nazis andienten. In der Nachkriegszeit ging es weiter mit der Unterstützung der Remilitarisierung unter Adenauer, der antikommunistischen Parteinahme im Kalten Krieg und schließlich der Unterstützung für die

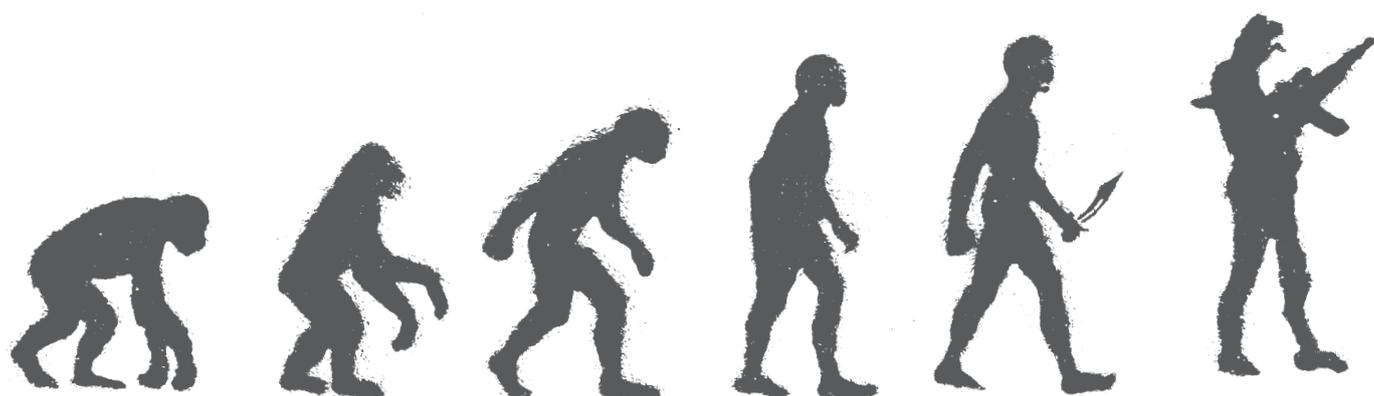
weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr nach der Wiedervereinigung.

Rüstungsproduktion bedeutet zwangsläufig Rüstungsexport und beides wurde und wird von Gewerkschaftler*innen immer wieder sowohl mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen als auch mit den nationalen Interessen Deutschlands an einer eigenständigen Rüstungsindustrie gerechtfertigt. Ein herausragendes Beispiel für den Einsatz für die Interessen der Kriegswaffenindustrie war die 60-minütige Arbeitsniederlegung in der Kieler Werft Howaldswerke am 12. Dezember 1980, um die Auslieferung von U-Booten an die chilenische Militärdiktatur zu sichern. Besondere Aufmerksamkeit widmet Meyer dabei der Tätigkeit des IG-Metall „Arbeitskreises Wehrtechnik und Arbeitsplätze“. Demgegenüber leisteten die gewerkschaftlichen Arbeitskreise zur Rüstungskonversion zwar inhaltlich wichtige Arbeit, blieben aber in ihrem Einfluss marginal.

Meyers Schlussfolgerungen zur Rolle der Gewerkschaften sind ernüchternd: „Die Gewerkschaften mutierten in den nichtfaschistischen Perioden der Geschichte Deutschlands zu Organisationen mit halbstaatlichen Zuständigkeiten und eigneten sich im Zuge dessen auch die antikommunistische Raison des kapitalistischen Staates an. Eine Drosselung antimilitaristischer Proteste durfte fortan von den Gewerkschaftsführungen sehr wohl erwartet werden, deren Anstachelung und Radikalisierung nicht länger.“ (S. 293)

Roland Grimm

Malte Meyer
Lieber tot als rot
Gewerkschaften und Militär seit 1914
Münster, edition assemblage 2017



BIBLIOTHEK DES INFOZENTRUMS "EINE WELT" IM WELTLADEN

Literatur zum Thema Waffenhandel

Unsere öffentlich zugängliche Bibliothek befindet sich im Infozentrum Eine Welt, direkt neben dem Ladenbereich. Entsprechend der Zielsetzung des Vereins ist es unser Anliegen, sich für den Fairen Handel sowie ein gerechtes, soziales und zukunftsorientiertes Zusammenleben in allen Teilen unserer Welt einzusetzen. Wir bieten Informationsmaterialien über Themen wie Weltwirtschaft und Globalisierung, Menschenrechte, Migration, Ökologie, Welternährung, Länder des Südens.

Unsere Sammlung umfasst ca. 3.500 Medien, darunter Sachbücher, Romane, Kinderbücher, entwicklungspolitische Zeitschriften, DVDs/ CDs sowie Projektkisten und andere didaktische Materialien aus dem Bereich des Globales Lernens.

Neben den bereits vorgestellten Büchern findet sich dort auch weitere Literatur zum Waffenhandel.

Die Ausleihe ist kostenfrei und kann während der gesamten Öffnungszeiten des Weltladens erfolgen:

Montag - Freitag 10.00 - 18.00 Uhr
Samstag 10.00 - 16.00 Uhr

Dazu ist ein Bibliotheksausweis nötig, der während der Präsenzzeit der Bibliothek ausgestellt wird.

Montag – Freitag 15.00 - 17.00 Uhr

Wir freuen uns auch über alle, die an einer aktiven Mitarbeit in der Bibliotheksgruppe interessiert sind. Sie können ein Mitglied während der Präsenzzeit direkt ansprechen oder uns unter bibliothek@marburger-weltladen.de kontaktieren.

Impressum

Herausgeberin:

Initiative Solidarische Welt e.V.
 Markt 7, 35037 Marburg
 Telefon: 06421/686244
www.marburger-weltladen.de
info@marburger-weltladen.de

Redaktion:

Eva Küssner, Jannika Marré, Roland Grimm,
 Ralf Dörschel, Maximiliane Jäger-Gogoll,
 Johannes M. Becker

Layout / Grafik:

Brita Bernsdorff

Druck:

msi – media serve international GmbH,
 Juni 2020, Auflage: 1000

Offene Arbeitsgruppen der Initiative Solidarische Welt e.V.

Schul- und Bildungsgruppe *êpa!* epa@marburger-weltladen.de

Veranstaltungsgruppe veranstaltungen@marburger-weltladen.de

Bibliotheksguppe bibliothek@marburger-weltladen.de

Ladengruppe laden@marburger-weltladen.de

Elisabeth Kaffee Gruppe info@elisabethkaffee.de

Radio Marimba radio@marburger-weltladen.de

Weltsicht redaktion@marburger-weltladen.de

Mach's gut! Mach mit!



Prozess um Heckler & Koch

Gewinne

Rüstungsindustrie

Rheinmetall

Daimler

Tote

Militarisierung

Krieg

Verletzte

Mediation

Friedensmarsch

Konfliktbearbeitung

Konversionspolitik

Aktivist*innen

Waffenhandelsstopp

Agenda 2030

Frieden und Entwicklung

Sustainable Development Goals



WAFFENHANDEL